

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/222

Bonn, den 20. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Opposition ohne Konzept 90

Anmerkungen zum Mainzer Parteitag der Christlich-Demokratischen Union

Von Wolfgang Jansen,
Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

3 - 4 Spaltung Nummer zwei 88

Die Krise im VDS ist noch nicht überwunden

Von Dr. Josef Benzinger

5 - 6 Doch Achse Belgrad-Bukarest 68

Gegen den Widerstand Moskaus

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Weichen für künftige Arbeit gestellt
SPD-Bundesfrauenausschuß tagte zum ersten Mal nach der Bundestagswahl

Gleichberechtigung jetzt mal für Männer
Mehr junge Leute sollten in die Krankenpflege gehen

Alter schützt vor Leistung nicht
1.140 Unternehmerinnen haben ein Durchschnittsalter von 56 Jahren

Opposition ohne Konzept

Anmerkungen zum Mainzer Parteitag der Christlich-Demokratischen Union

Von Wolfgang Jansen,
Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Parteiegoist könnte - sozialdemokratischerseits - zufrieden sein, der Demokrat ist es nicht. Demokratie bedarf der Opposition, einer kräftigen Opposition. Aber ihre Stärke bemißt sich nicht allein nach ihrer Zahl, sondern mehr noch nach dem Inhalt ihrer Politik. Opposition ohne Konzeption ist ein Koloß auf tönernen Füßen.

Der Mainzer Parteitag der Christlich-Demokratischen Union gibt Veranlassung folgendes festzustellen:

- * 1. Die Partei hat in sehr beachtlicher Weise zu einem neuen innerparteilichen Selbstverständnis gefunden, aber sie hat nicht vermocht, diese Form mit konkretem Inhalt zu füllen.
- * 2. Gemessen an der Aufgabe, seiner Partei Weg und Ziel zu weisen, war die Leistung des Parteivorsitzenden durchaus unzureichend, ganz im Gegensatz zum Bundesgeschäftsführer, der mit seiner Rede seiner Partei einen Dienst erwiesen hat.
- * 3. Nach seiner Mainzer Leistung dürfte sich die Erwartung des Parteivorsitzenden, in zwei Jahren wieder gewählt und zu höheren Aufgaben berufen zu werden, nicht erfüllen. Neue Männer stehen bereit, offenkundig bestrebt, ihre Position kühl und nüchtern auszubauen. Vor dem Schicksal offener Diadochenkämpfe aber wird die Partei wohl bewahrt bleiben.
- * 4. Die Parteitagsdiskussionen bewiesen ein erkleckliches Maß an Reformeifer. Mehr als einmal aber wurde die Gefahr überdeutlich, ins Vorgestern zurückzufallen. Gäbe die CDU dieser Versuchung nach, wäre eine Lähmung mit möglicherweise tödlichem Ausgang die Folge.

Die Parteitagsregie hatte es gewollt, daß am ersten Tag der Partei-, am zweiten der Fraktionsvorsitzende die politischen Akzente setzen sollte. Was Kurt Georg Kiesinger angeht, so sprach er über Organisation und über das Innenleben der Partei; er sprach, von einem kurzen Abstecher abgesehen, nicht über Politik. In Ermangelung politischer Richtpunkte zerlief die Diskussion. Den Delegierten ist dies nicht anzulasten; es war Ausfluß praktizierter Führungslosigkeit. Das von grotesken Fehlleistungen wimmelnde Schlußwort des Parteivorsitzenden, der zum Beispiel seinen nicht wiedergewählten Stellvertreter Dufhues gnadenlos in die "Geschichte" verwies, und seinen Bundesgeschäftsführer mit der Absichtserklärung arbeitslos stempelte, er werde dessen Aufgaben künftig selbst übernehmen, soll hier nicht weiter erörtert werden.

Demnach hatte der Fraktionsvorsitzende seine große Chance. Er hat sie nur zum Teil genutzt. Das Wunder von Berlin, wo Dr. Barzel einem in wäbiger Stimmung begonnenen Parteitag zu ungeahntem Höhenflug mitriß, wiederholte sich nicht. Gewiß, Barzel hielt eine politische Rede. Er hielt auch eine angriffslustige Rede. Das war gut, denn Opposition muß angriffslustig sein. Aber es reicht nicht aus, der Regierung gerade da

das Fell zu zausen, wo man es zu fassen bekommt. Es reicht nicht aus, sich einerseits um die Gewerkschaften als Ordnungsfaktoren der Wirtschaft zu sorgen, wenn es um die konzertierte Aktion geht, und andererseits eben diese Eigenschaft zu leugnen, wenn von Mitbestimmung die Rede ist. Es reicht auch nicht aus, der Regierung Ausgabenfreudigkeit vorzuwerfen und in gleichem Atemzug noch viel mehr Ausgaben zu fordern, wobei als Deckungsvorschlag lediglich wage die wachsende Produktivität der deutschen Wirtschaft angeboten wird. Oppositionspolitik muß in sich logisch, durchdacht und aus einem Guß sein - sonst wirkt sie nicht.

Es war einer der jüngsten Delegierten, der der CDU empfahl, die Rangordnung der Werte neu zu überdenken, so, wie sie dies 1949 getan und damit den Grundstein zu langjährigem Erfolg gelegt habe. Genau dies ist notwendig. Und dies ist die Chance der Männer im zweiten Glied, die mit ihrer Stimmenzahl schon jetzt den Parteivorsitzenden überflügeln, ohne dessen Vorteil zu haben, konkurrenzlos zu kandidieren.

Es ist die Chance von Gerhard Stoltenberg, dem wohl die größte Fülle an Sympathie entgegenschlug, die Chance von Helmut Kohl, der freilich mit der Schwierigkeit zu kämpfen hat, sich über den Status eines Landesvaters hinaus profilieren zu müssen, es ist auch die Chance von Hans Katzer, der sichtlich bestrebt war, nicht als Wortführer einer Gruppe, sondern als Mann der Partnerschaft von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberflügel verstanden zu werden.

Auch Rainer Barzel wird zu dieser Gruppe gehören, dessen Beliebtheit sich - da er nicht zur Wahl stand - nicht an der Stimmen-, sondern nur an der Phonzahl des Beifalles messen ließ. Mit der Möglichkeit einer überzeugenden Fraktionsführung hat er vielleicht die größten Aussichten. Aber es wird ihn nicht weiterbringen, wenn er gelegentlich vom Manuskript abweichend, die Bürgerschreck-Schlegelworte aus den 50er Jahren in den Saal zu schmettern versucht. Dies bringt nur Echo bei denen, die in der Erinnerung an das schöne Vorgestern leben.

Und diese sind es, die um der Demokratie willen zu größter Besorgnis Anlaß geben. Erschreckend, wenn ein Mann wie Filbinger im Grunde nicht mehr zu sagen weiß, als daß die CDU schon immer eine schöne Partei gewesen ist, und wenn der Ministerpräsident Lemke seine Vorstellung von Demokratie mit krausen Darlegungen über die Bekämpfung der "Anerkener" vorzustellen versucht. Und als gar Franz Anrehn lautstark auf die Pauke des kalten Krieges schlug und damit auch noch frenetischen Beifall erntete, da konnte man nur betrübt den Kopf schütteln: Omas CDU lebt - noch.

+ + +

Spaltung Nummer zwei

Die Krise im VDS ist noch nicht überwunden

Von Dr. Josef Benzinger

"Der SDS empfiehlt den anwesenden Funktionären, sich in die inhaltlichen Auseinandersetzungen der Revolte zu begeben, anstelle im VDS zu Kapitalistenknechten zu verkommen". Mit dieser markigen Aufforderung, die wohl als eine Art politisches Testament gedacht war, verabschiedete sich der Bundesvorstand des SDS am 15. November 1969 in Hamburg nicht nur von der dort tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes, sondern auch von der Verantwortung für die Belange der deutschen Studenten. Wer die Szenerie der Mitgliederversammlungen von Köln (März 1969) und in Göttingen (Mai 1969) aufmerksam verfolgt hat, wie in Hamburg keineswegs überrascht. Der SDS hatte in Köln unmißverständlich erklärt, was er mit dem VDS anfangen würde, hätte er erst die Möglichkeit. Unverständlicherweise wurde ihm diese Möglichkeit zwei Monate später eingeräumt. Es kam wie angekündigt. Auch in der deutschen Studentenschaft war man offensichtlich der Auffassung, es würde nie so heiß gegessen wie gekocht.

Nur wenige haben gehandelt, als sich das Fiasko bereits klar abzeichnete. Die Art und Weise des Handelns freilich erscheint im Rückblick problematisch. Die Arbeit des nach Köln ins Leben gerufenen Initiativ Ausschusses Deutscher Studentenschaften (IDS) sowie die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS) als Gegenverband beraubten die gemäßigten Studentenvertreter der Möglichkeit, auf die Entwicklung des VDS Einfluß zu nehmen; IDS und ADS haben nicht zuletzt zu einer Solidarisierung mit den Radikalen geführt, die sich dann in Göttingen durch die Wahl des SDS-Vorstandes manifestierte; die nach Köln erfolgte Sezession war zumindest verfrüht.

Der SHB als immer noch größter politischer Studentenverband hat es versäumt, das Problem VDS gründlich zu diskutieren und sein Gewicht durch eine geschlossene und von der Mehrheit vertretene Stellungnahme in die Waagschale zu werfen. Nach der Sezession der "Rechten" (von der man in der Studentenschaft bekanntlich nur sehr bedingt sprechen kann) wäre es Aufgabe des SHB gewesen, auf den ersten Fehler nicht sogleich den zweiten folgen zu lassen. Voraussetzung hierfür wäre gewesen, daß man Pluralismus auch in der studentischen Politik hätte gelten lassen. Gegen die (im Juli 1969 gegründete) Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften wurde freilich von Anfang an das Anathema ausgesprochen, was auf der

anderen Seite, d.h. im eigenen Lager jedoch nicht den gewünschten Effekt zeitigte: Der "linke" Pluralismus, wie er vom SHB angestrebt wurde, erwies sich als unpraktikabel. Das verbliebene Minimum an Übereinstimmung reichte nicht dazu aus, progressive studentische Politik zu machen, d.h. den VDS wenigstens so umzufunktionieren, daß er überhaupt noch eine Funktion wahrnehmen konnte. Konsequenz folgte so der Sezession der Rechten die Sezession der Linken.

Keine der jetzt vorhandenen Gruppen kann für sich das Recht in Anspruch nehmen, für die gesamte Studentenschaft der Bundesrepublik zu sprechen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS) vertritt nach eigenen Angaben zwischen 70.000 und 80.000 Studierende, der Rest-VDS nicht viel mehr. Bei den Nichtorganisierten sind die Studentenvertretungen am zahlreichsten, welche die Mitarbeit in einem der bestehenden Dachverbände nicht mehr für sinnvoll halten. Die Studentenfunktionäre des SDS scheinen immer noch von der Fiktion auszugehen, es gebe es eine revolutionär-sozialistische Studentenbewegung, welche in den mehr als 300.000 Hochschulstudenten tatsächlich eine Basis hat. Die gesellschaftspolitische Analyse der linken Gruppen findet wohl die Zustimmung weite Kreise der deutschen Studentenschaft; kontrovers hingegen sind die daraus abgeleiteten Folgerungen nicht nur in Bezug auf das gesamtgesellschaftliche, sondern vor allem auch auf das hochschulpolitische Handeln.

Historische Erfahrung und logische Überlegung besagen, daß große Reformen nicht von denen bewirkt werden, welche ihre eigenen Wirkungsmöglichkeiten einengen oder beseitigen und von einer Situation ausgehen, die nicht besteht (nämlich von einer revolutionären). Darüber hinaus hat der SDS wohl das kritische Potential in der Studentenschaft sowie vor allem die Bereitschaft der Studenten überschätzt, revolutionären Parolen zu folgen.

Die in Hamburg sichtbar gewordene Entwicklung der deutschen Studentenschaft sollte für alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik ein Anlaß sein, ihre eigene Einstellung zur studentischen Jugend, zur Jugend überhaupt zu überprüfen. Falsch und irreführend wäre eine Beruhigung durch die Feststellung, tatsächliches revolutionäres Potential gebe es in der studentischen Jugend nicht und in der übrigen Jugend schon gar nicht. Daß politische Wirkungsmöglichkeiten nur vorhanden sind, wenn andere gesellschaftliche Kräfte für ein Bündnis gewonnen werden können, wird von einem Teil der Studentenschaft als Grundsatz akzeptiert, von einem anderen Teil sogar praktiziert. Diese Bündnisbereitschaft muß genutzt werden. Wenn es auch in der augenblicklichen Situation schwerfällt, so ist doch davor zu warnen, Studentenvertreter weiterhin als nicht vollwertige und legitimierte Gesprächspartner zu behandeln. Die dadurch verursachte Verbitterung führt weite Kreise des "Establishments von morgen" zu einer Haltung, die nicht als "staats-treue" im guten Sinn bezeichnet werden kann.

In der Studentenschaft selbst sollte nach dem Vergangenen die Einsicht wachsen, daß der demokratische Zweck nie undemokratische Mittel heiligen kann. Wer von "richtiger Ideologie" spricht, handelt bereits totalitär. Eine demokratische Gesellschaft braucht eine demokratische Studentenschaft. Je mehr die Studentenschaft in ihrem Innern die Demokratie durch harte Diskussion und gemeinsames Handeln praktiziert, desto glaubwürdiger wirkt sie nach außen und desto eher hat sie bei ihren Bemühungen um eine demokratische Gesellschaft Erfolg.

Doch Achse Belgrad-Bukarest

Gegen den Widerstand Moskaus

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Am selben Tage, an dem der jugoslawische Ministerpräsident Mitja Ribičić in der Belgrader Bundesskupschtina sein Exposé über die Reform der illiguid gewordenen jugoslawischen Wirtschaft verlas, wurde er vom rumänischen Botschafter in der jugoslawischen Hauptstadt, Vasile Sandru, aufgesucht. Sandru, der erst vor kurzem als alter Jugoslawien-Kenner seinen neuen Posten angetreten hatte, prüfte mit Ministerpräsident Ribičić die Möglichkeit eines baldigen Treffens mit dem rumänischen Premier Ion Gheorghe Maurer. Zum letztenmal hatten sich die beiden Regierungschefs im September dieses Jahres anlässlich des Treffens zwischen Marschall Tito und Nicolas Ceaucescu am Eisernen Tor der Donau gesehen.

Der rumänisch-jugoslawische Dialog, der am gleichen Tage auch in Bukarest durch ein Treffen zwischen dem stellvertretenden jugoslawischen Außenminister (und ehemaligen UNO-Delegierten) Antun Vratuša und seinem rumänischen Kollegen Gheorghe Măcevescu fortgesetzt wurde, dient, wie es in einer Meldung der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug heißt, unter anderem dem Ziel, einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber den sowjetischen Vorschlägen zur europäischen Sicherheitskonferenz auszuarbeiten.

Damit ist eingetreten, was die Sowjetunion noch vor wenigen Tagen durch eine D marche ihres Bukarester Botschafters vermeiden wollte, daß sich nämlich zwischen Belgrad und Bukarest so etwas wie eine gemeinsame Linie nun auch in dieser Frage abzeichnet.

Die Gemeinsamkeiten Jugoslawiens und Rumäniens in der Frage der europäischen Sicherheit, die nun in den kommenden Wochen noch konkretisiert werden sollen, können etwa wie folgt beschrieben werden:

Abweichend vom sowjetischen und auch vom westdeutschen Vorschlag, derzufolge es unter anderem zu einem Gewaltanwendungsverzicht zwischen den beiden großen Milit rbl cken in Europa kommen soll, verlangen die Rumänen und Jugoslawen internationale Garantien auch für die Souver ni-

mit der kleinen und mittleren, neutralen und blockfreien Länder sowie für jene Staaten, die sich innerhalb eines der beiden Blöcke befinden, aber als blockmüde bezeichnet werden könnten.

Mit anderen Worten: Eine internationale europäische Behörde, die möglichst unter der Aufsicht der UNO stehen sollte, soll darüber wachen, daß das Prinzip des Gewaltanwendungsverzichts auch auf Rumänien, das Mitglied des Warschauer Paktes ist, und auf Jugoslawien, das keinem der beiden Blöcke angehört und zur gemischten ost-westlichen Interessensphäre gehört, angewendet wird. Unter Gewaltanwendungsverzicht versteht man in Belgrad und Bukarest in erster Linie, daß Militärmanöver auf dem Territorium oder auch nur an den Landesgrenzen anderer Länder nur nach Ankündigung und mit Einwilligung der betroffenen Regierungen stattfinden dürfen.

Die Sowjetunion hat sich daher in der letzten Zeit besonders darum bemüht, den Rumänen doch noch jenen Freundschafts- und Beistands-Pakt aufzustülpen, auf dessen Abschluß man in Moskau nun schon sehr lange wartet. Ein solcher Pakt würde eine europäische Sicherheitskonferenz, was mögliche Interventionen gegen Rumänien anbelangt, vor ziemlich vollendete Tatsachen stellen, denn er ginge ins Völkerrecht ein und verpflichtete Rumänien, wenigstens das zu akzeptieren, was man in Osteuropa unter "brüderlicher Hilfe" versteht.

Die Rumänen hätten, da sie dem sowjetischen Druck sicher nicht mehr allzu lange widerstehen können, daher kaum etwas dagegen, wenn die europäische Sicherheitskonferenz schon im kommenden Frühjahr stattfände; in diesem Sinne hat auch der rumänische Außenminister Corneliu Manescu auf der letzten Konferenz des Warschauer Paktes in Prag gestimmt. Die Jugoslawen hingegen, die keinem so offenen Druck ausgesetzt sind, möchten den Termin der Konferenz noch möglichst lange aufschieben, um bis dahin noch eine Einheitsfront der kleinen und mittleren, neutralen, neutralistischen, blockfreien und blockmüden Länder zusammen zu bekommen.

Obgleich sich die Rumänen und Jugoslawen in der Zielsetzung also ziemlich einig sind, wollen sie bisher noch verschiedene Wege gehen. Daß jetzt der Versuch gemacht werden soll, die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Rumänien und Jugoslawien auszuräumen, dürfte in Moskau ein heftiges Echo hervorrufen, das zugespitzte Beziehungen auf den Relationen zwischen dem Kreml und den beiden süd-osteuropäischen Hauptstädten ankündigt.